V7-Beschluss Solidarität mit Fridays for Future!

Gremium: Mitgliederversammlung
Beschlussdatum: 24.03.2019
Tagesordnungspunkt: TOP 8 Verschiedene Anträge

Seit Monaten streiken in Deutschland sowie in vielen weiteren Ländern jede Woche Schüler*innen sowie Studierende für einen verantwortungsvollen Umgang mit der Klimakrise. Initiiert wurden die Streiks von der schwedischen Klimagerechtigkeitsaktivistin Greta Thunberg. Ihren Höhepunkt fand die Mobilisierung am 15.03.2019 beim globalen Klimastreik an über 2000 Orten in über 100 Ländern. Allein in Deutschland beteiligten sich 300000 Menschen an den Streiks.

Die Reaktion der NRW-Landesregierung auf die Streiks fand bislang jedoch nicht durch eine Auseinandersetzung mit den inhaltlichen Forderungen der Streikenden statt. Vielmehr verurteilt sie das Fernbleiben aus dem Unterricht und macht sich Gedanken, wie sie durch Sanktionen und Einschüchterungen die Klimastreiks unterbinden kann.

Die Dienstanordung von Kultusministerin Yvonne Gebauer, nach der bei wiederholtem unentschuldigten Fernbleiben vom Unterricht, Sanktionen gegen Schüler*innen angewendet werden sollen und nach Streiks nicht als außerschulische Veranstaltung genehmigt werden können, verurteilen wir als grundlegend falsch.

Diese Repressionen zeigen die Hilflosigkeit der Landesregierung gegenüber den Streikenden und die nicht vorhandenen Antworten von schwarz-gelb auf die das drängenste Problem unserer Zeit, die Gefahr eines Klimakollaps.

Bis vor kurzem bemängelten Politik, Medien und Gesellschaft das vermeintliche Desinteresse der "Jugend von heute" am politischen Geschehen. Diesem Vorurteil ruft die hochpolitische Bewegung "*Fridays for Future*" unsere Forderungen entgegen. Scheinbar jedoch zur falschen Zeit und dann auch noch zu Problemen, die eigentlich "für Profis" sind, wenn man Christian Lindner glauben schenkt.

Die Argumentation der Landesregierung, dass Engagement für den Klimaschutz in der Freizeit ja sehr begrüßenswert sei, ist komplett scheinheilig. Über Jahrzehnte wurden Freizeitproteste für den Klimaschutz von der Politik weitgehend ignoriert. Das Fernbleiben vom Unterricht verschafft dem Protest nun

erst die Aufmerksamkeit, die er schon immer verdient hat und ist im Angesicht des Handlungsdrucks zur Abwendung der Klimakrise legitim.

Die aktuelle Politik der Bundes- und Landesregierung ist eine des Stillstandes. Der angedachte Kohleausstieg 2038 sowie die absolute Planlosigkeit bei der Verkehrswendestehen in keiner Relation zu dem, was wir machen müssen, um die Pariser Klimaziele einzuhalten und unseren Teil dazu beizutragen. Das 1,5 Grad Ziel darf nicht verfehlt werden, die Folgen wären fatal.

Auch das "Ergebnis" der Kohlekomission kann kein Konsens sein, immerhin fehlte eine ganze Generation sowie schon heute von der Klimakrise betroffene Menschen im globalen Süden am Tisch!

Genau deshalb nehmen wir gemeinsam mit den Streikenden von Fridays for Future unsere Zukunft selbst in die Hand. Anstelle von Repsressionen erwarten wir von der Landesregierung, inhaltliche Auseinandersetzung mit den Forderungen der Jugendlichen auf den Straßen und damit eine klimapolitische Kehrtwende und ein Klimaschutzgesetz für Nordrhein-Westfalen.

Wir Jugendlichen sind die Profis für unsere Zukunft.

Begründung

Erfolgt mündlich.